

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 53 (1973-1974)
Heft: 3

Buchbesprechung: Das Buch

Autor: [s.n.]

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Buch

POLITISCHE SOZIOLOGIE DER SCHWEIZ

Zu Publikationen von Jürg Steiner

Jürg Steiner, seit 1970 «Visiting Professor» an der University of North Carolina in Chapel Hill, ist seit 1959 mit mehreren Schriften zur politischen Soziologie der Schweiz hervorgetreten. Sie haben ihm im In- und Ausland in der soziologischen und politikwissenschaftlichen Forschung Aufmerksamkeit eingebracht. Seit seiner ersten Studie, «Die Beziehungen zwischen den Stimmrechtingen und den Gewählten in ländlichem und städtischem Milieu» (Bern 1959), die er im Untertitel als einen «Versuch einer staatssoziologischen Untersuchung am Beispiel des Grossen Rates des Kantons Bern» präsentierte, hat Steiner versucht, Methoden der empirischen Sozialforschung auf ausgewählte politologische Fragestellungen aus dem schweizerischen Milieu anzuwenden. Dabei ging es in erster Linie um Fragen der politischen Partizipation in der Schweiz, sowohl auf Gemeinde- wie auf Kantons- und Bundesebene.

Während seine ersten Monographien aus den Jahren 1959 und 1961 (Gemeinde Belp) und verschiedene Aufsätze in Fachzeitschriften zu begrenzten Fragestellungen Daten aus originären Erhebungen geboten haben und der theoretische Anspruch recht beschränkt war, geht es in den beiden hier anzugebenden Büchern um komplexe Themen, bei denen das Material der früheren Untersuchungen verarbeitet wird. Diese The-

men werden im einschlägigen Schrifttum als besonders aktuell für die Soziologie der Demokratie angesehen. Steiner zieht somit in seinem jahrelangen, unverdrossenen und spezialisierten Schaffen eine Art Summe oder Zwischenbilanz.

Ein Spezialist macht sich also an die Behandlung und Lösung zentraler Probleme von politischer Wissenschaft und Praxis heran. Ein über die Fachwelt hinausgehendes lebhaftes Interesse, aber auch das Anlegen kritischer Massstäbe, die den Ansprüchen des Verfassers angemessen sind, werden diesen beiden Schriften über «politische Partizipation» (1969)¹ und «gewaltlose Politik und kulturelle Vielfalt» (1970)² sicher sein.

Empirie und Hypothesen

Sogleich ist jedoch anzumerken, dass auch diese beiden Arbeiten «Versuche» darstellen: Einmal «empirisch-theoretische Befunde», zum anderen «Hypothesen» – in diesen Hinweisen verbirgt sich möglicherweise die Bereitschaft des Verfassers, Aussagen, die bei ihm allerdings wie theoretische Sätze erscheinen, selbst wieder in Frage zu stellen. Er möchte Anregungen geben; entwickelt Ideen; dabei «handelt es sich ... nicht um eine Frage der Induktion (offenbar auch nicht der Deduktion, P. T.), «son-

dern um eine Frage der Forscherphantasie» (1970, S. 302). Sollte bei diesen Überlegungen die Forschungslogik, beziehungsweise die Erkenntnistheorie von K. R. Popper Pate gestanden haben, dann läge hier ein Missverständnis vor: Popper spricht zwar von «kühnem Vorprellen», doch gebunden an ein induktiv/deduktives Verfahren, wobei übrigens der Tradition als Erkenntnisquelle und der interpersonellen Überprüfung einzelner Forschungsschritte und Ergebnisse grosse Bedeutung zu kommt. Steiners Wissenschaftsverständnis erscheint damit m. E. und mit seinem vielleicht zu weit gehenden Vertrauen in die genutzten methodischen Techniken auf subjektive Weise recht positivistisch.

Es erscheint wie eine ungerechtferigte Verengung der Wirklichkeit, wenn zur Hauptsache teils auf Prozesse, die formalisierbar und den verwendeten Methoden zugänglich sind, teils auf Fra gestellungen, die dem Wissenschaftler durch den aktiven Politiker Steiner zugangen waren, abgestellt wird (so seine Analyse eines Entscheidungsprozesses in der Freisinnig-demokratischen Partei, 1970, S. 79–114). Wiewohl die Analysen solcher Prozesse recht detailliert durchgeführt werden, erfassen sie m. E. entscheidende Details nicht: all das, was dem «formalen Werdegang» vorausgeht und diesen begleitet, all das, was nicht durch «teilnehmende Beobachtung» erfasst werden kann – kurz: Motive, Einstellungen der direkt und indirekt Beteiligten. Ergebnisse der internationalen Partizipationsforschung werden kaum genutzt, wie auch soziologische Kernprobleme allenfalls am Rand oder implizite ausgemacht werden können, so beispielsweise Beziehungen zwischen sozialer und politischer

Partizipation (1969, S. 2 und andere Stellen).

Die Fragestellung, die das Werk von 1970 als roter Faden durchzieht, betrifft die Möglichkeit, das Charakteristische der schweizerischen Demokratie gegenüber anderen demokratischen Systemen herauszuarbeiten. Man kann die Frage auch genereller stellen: Wie lässt sich der Demokratisierungsgrad einer Gesellschaft bemessen, oder: Was lässt sich – über die vordergründigen quantitativen Indikatoren hinausgehend – über die Qualität einer Demokratie aussagen? Steiner hält dafür einen im amerikanischen Schrifttum zuweilen genutzten Indikator für tauglich, der allerdings zu entscheidenden Finessen eines politischen Systems kaum die Pforten öffnet: «violence»!

Es gibt ohne Zweifel feinere Instrumente, die sich in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung bewährt haben. Nur einige Möglichkeiten seien genannt: Im gleichen Jahre wie Steiners Buch über «gewaltlose Politik» erschien ein Werk über «political hostility» in Österreich (G. Bingham Powell, Jr., Social Fragmentation and Political Hostility, Stanford 1970). Ralf Dahrendorf hat vor Jahren auf verschiedene Indikatoren hingewiesen, darunter auf die Art und Weise der Konfliktregulierung; andere liessen sich nennen, wie politisch relevante Verhaltensmuster im vorinstitutionellen Raum (Basisprozesse), Anzahl und Gewicht der formellen und materiellen Partizipationsbefugnisse und deren tatsächliche Nutzung, oder – worauf kürzlich H. Schelsky in einem sehr lesenswerten Aufsatz hingewiesen hat (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. Januar 1973) – auf das «System der Gewaltenteilung» (nicht verstanden im Sinne Montesquieus). Hier steht «Ge-

walt» nicht für «violence», eher für «power». Wenn letzteres auch Steiner noch nicht bekannt sein konnte, so wäre er vielleicht doch über soziologische Macht- und Herrschaftstheorien näher an sein Forschungsproblem herangekommen.

Das Phänomen der Gewalt

Steiners Leitgedanken kurz zusammenzufassen, fällt schwer, wiewohl er sie abschnittsweise in insgesamt 149 «zusammenfassenden Beobachtungssätzen» herausstellt. Er möchte versuchen, «in Ansätzen eine Theorie über den Grad der Gewaltanwendung bei der Regulierung politischer Konflikte in segmentierten demokratischen Systemen zu entwickeln» (1970, S. VII). Ferner: «Wir interessieren uns für die Frage, unter welchen Bedingungen subkulturell segmentierte demokratische Systeme nicht zu Instabilität neigen» (1970, S. 2). «Subkulturen können beispielsweise auf Gemeinsamkeiten in Konfession, Sprache, ethnischer Herkunft, Hautfarbe, sozialer Schichtzugehörigkeit oder topographischen Lebensbedingungen beruhen» (1970, S. 1). Wie mir scheint, lässt sich die Fragestellung der Arbeit wie folgt charakterisieren: Auf welchen Voraussetzungen beruht die Stabilität der schweizerischen Demokratie? Begünstigt weitgehende «subkulturelle Segmentierung» Gewaltlosigkeit bei der Konfliktregulierung und -lösung in einem demokratischen System? «Gewalt» wird nicht definiert; es wird festgestellt, dass «die Schweiz mit dem Generalstreik (1918! P. T.) die letzte grössere gewaltsame Auseinandersetzung erlebte» (1970, S. 292).

Da sich der Verfasser am Phänomen

der Gewalt orientiert, verbaut er sich den Blick für Spezifika der schweizerischen Demokratie, die sich m. E. gerade durch *vergleichsweise* hochgradige Transparenz der politischen Entscheidungsprozesse und ein wohl erhebliches Partizipationspotential auszeichnet. Diese unnötige Einengung sieht der Verfasser sehr wohl, lässt sich aber von seinem Weg nicht abringen: «Wir halten den Stabilitätsbegriff beim heutigen Stand der Forschung für derart diffus, dass wir auf den Versuch verzichtet haben, den Begriff als ganzes operational zu definieren. Wir haben den Ausweg gewählt, dass wir ein zentrales Element des Stabilitätsbegriffes suchten, das einer operationalen Definition zugänglich ist. Ein solches Element ist das Ausmass der Gewaltanwendung bei der Regulierung politischer Konflikte ...» (1970, S. 2). Später wird präzisiert: Der Grad der Gewaltanwendung sei nicht ein «Indikator für die Gesamtstabilität eines demokratischen Systems».

Bei diesem Forschungsansatz kann nicht überraschen, dass nur vage Ergebnisse herauskommen. Es zeugt von der wissenschaftlichen Redlichkeit des Verfassers, wenn er – freilich erst nach Ausbreitung eines weiten und lehrreichen Materials, dem für die interessante Fragestellung manchmal die Relevanz abgeht – am Ende zu einem Schluss kommt, dem bei den genannten Vorbedingungen nur zugestimmt werden kann: «Das hier vorgelegte Hypothesensystem zur Erklärung des Grades der Gewaltanwendung bei der Regulierung politischer Konflikte leidet noch unter vielen Schwächen. Einmal ist das System in dem Sinn nicht geschlossen, dass bei manchen Variablen nicht vollständig angegeben wird, von welchen weiteren Variablen sie abhängig sind.

Sodann sind manche der aufgezeigten Interrelationen noch vorwiegend spekulativ, das heisst empirisch noch zu wenig erhärtet. Schliesslich war es nicht möglich, die Variablen zu quantifizieren (...)» (1970, S. 312f.).

Da der Verfasser aus seinem Material jedoch inhaltsschwere «Hypothesen» ableitet, die zudem noch weit über das Gewaltproblem hinausgehen (hinausgehen müssen, da es ja dieses Problem in der schweizerischen Demokratie faktisch nicht gibt), wird er sich den Vorwurf gefallen lassen müssen, mit ein wenig viel «Forscherphantasie» vorgegangen zu sein, ja ein wenig zu voreilig aus zu schmalem Datenmaterial schwerwiegende Schlüsse gezogen zu haben. (Auch die Verwendung des Begriffs der Hypothese könnte auf einer Überinterpretation einschlägiger Aussagen in der Popperschen Wissenschaftstheorie beruhen.) Es werden immerhin frappierende Aussagen gemacht; sie sind durch Beteuerungen über die Lückenhaftigkeit des Materials nicht aus der Welt zu schaffen.

So kommt es bei den «Hypothesen», die als vorläufige Ergebnisse gedacht sind, zu Aussagen, die einem verbreiteten Demokratieverständnis widersprechen, beispielsweise in den Hypothesen 17 bis 20 (1970, S. 299ff.); sie lauten:

«In subkulturell segmentierten demokratischen Systemen werden Konflikte relativ gewaltlos reguliert»,

- (17) «wenn sich der politische Entscheidungsprozess zu einem relativ grossen Teil abgeschirmt von der Öffentlichkeit vollzieht»,
- (18) «wenn sich der politische Entscheidungsprozess zu einem relativ grossen Teil informell vollzieht»,
- (19) «wenn sich der politische Entschei-

dungsprozess relativ langsam vollzieht»,

- (20) «wenn der Innovationsspielraum beim politischen Entscheidungsprozess relativ eng ist».

Soll dies heissen, dass verstärkte Transparenz, verstärkte Partizipation, Beschleunigung der Entscheidungsprozesse, Erweiterung des Innovationsspielraums höhere Grade der Gewaltanwendung provozieren – also dem demokratischen System abträglich sind? Die Faschismus-Kritiker und engagierten Streiter gegen Gewaltsysteme, wie Karl Mannheim und Theodor Geiger, und nicht nur diese, stehen einem so angedeuteten Demokratieverständnis mit gänzlich gegensätzlichen Auffassungen gegenüber. Gewiss stecken in solchen Sätzen echte politologische Probleme. Für einschlägig wissenschaftlich Interessierte werden diese vielleicht Anregungen zu geben vermögen; bei dem interessierten Laien werden derartige Aussagen Missverständnisse auslösen, zumal diese Hypothesen wie Endergebnisse erscheinen.

Komplexer Forschungsgegenstand

Man wünschte sich eine grössere Prägnanz der Steinerschen Kategorien: Mir scheint, dass sie zu sehr auf makrosoziologische Darstellungen zugeschnitten sind, und dass sie ausserdem wirtschaftliche und juristische Überlegungen ausklammern. So ist schon ein Schlüsselbegriff, nämlich «kulturelle Vielfalt», so wenig erläutert und so pauschal verwendet, dass der Informationsgehalt relativ gering ist. Das brauchte nicht so zu sein; das internationale Schrifttum ist gerade hinsichtlich der

Fragen um «civic culture», «Fragmentierung» und «Segmentierung», um «citizenship» und anderes mehr so ins Detail gegangen, dass zu bedauern ist, wenn Steiner diese vielfältigen Anregungen auf seinem bisher unbeackerten Feld, nämlich der Schweiz, nicht anwendet. Leonhard Neidhart hat einmal angedeutet, wie komplex eine Strukturanalyse sein könnte – und wie sie mit den heute zur Verfügung stehenden methodischen Mitteln auch tatsächlich durchgeführt werden könnte: «Es handelt sich dabei darum, die je spezifischen Motivationsstrukturen, Sanktionen, Erwartungen, Einstellungen, subjektiven Bewertungen und objektiven Abhängigkeiten, aber auch die bei den politischen Zugangsmöglichkeiten entsprechenden Kommunikationsstrukturen und Meinungsbildungsprozesse aufzudecken und darzustellen.» Derartige Studien liegen im internationalen Schrifttum bereits vor; es sei hier nur auf ein Beispiel verwiesen, auf R. R. Alford, *Political Cultures in Four Wisconsin Cities* (Chicago 1969).

Mir scheint die Schwierigkeit für Steiner in seinem komplexen Forschungsgegenstand zu liegen. Wie ich es sehe, ist er der erste, der zu Fragen der Demokratie «soziologisch» erarbeitete Aussagen mit gesamtschweizerischer Relevanz angestrebt hat. Ist das aber auf der Basis der heute zur Verfügung stehenden Daten sinnvoll schon möglich, zumal bei so komplexen Fragestellungen, wie sie sich Steiner vorgelegt hat? Seine selbst erhobenen Daten aus den früheren Untersuchungen geben für sein Vorhaben eine zu schmale Basis. Das in «Bürger und Politik» (1969) ausgebreitete Material zur «politischen Partizipation» scheint mir nicht hinreichend repräsentativ: Es werden

nur Stimmbürger im Alter zwischen 20 und 35 Jahren erfasst (1969, S. 11) – es ist jedoch erwiesen, dass die Altersgruppen der Stimmbürger signifikante Unterschiede im politischen Verhalten haben, beispielsweise ein aktives Interesse an innenpolitischen Fragen bei den jungen Stimmbürgern am schwächsten vertreten ist. Es werden Befragungen zum Thema nur in den Städten Bern, Lausanne, Zürich durchgeführt (dazu: «als Vergleichsgruppe zogen wir fünf Kleinstädte der deutschen Schweiz heran: Aarau, Brugg, Frauenfeld, Langenthal und Uster», 1969, S. 11). Die Fragestellung ist demnach sehr eingeengt: «In welchem Ausmass und aus welchen Gründen nahmen die 20- bis 35-jährigen männlichen Bürger aus drei Grossstädten und fünf Kleinstädten an den vier eidgenössischen Urnengängen vom Mai 1963 bis zum Februar 1964 teil beziehungsweise blieben davon fern?» (1969, S. 12).

Bei dieser deutlichen Begrenzung des Untersuchungsgegenstandes sollten die Ergebnisse entsprechend begrenzte Aussagekraft haben. Die Schlussfolgerungen werden jedoch als «Ansatz zu einer Theorie der politischen Partizipation» (1969, S. 153–168) herausgestellt. Die dort gegebenen Verallgemeinerungen sind meines Erachtens jedoch nicht aus dem vorgelegten Material ableitbar, auch nicht aus den sehr knappen Hinweisen über politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Hier wird nur noch von *dem* Bürger gesprochen – nicht mehr von den 20- bis 35-jährigen in den genannten Städten, so zum Beispiel: «Die Bürger perzipieren um so mehr, dass eine hohe politische Partizipation belohnt und eine geringe politische Partizipation bestraft wird, als je grösser sie die persönliche Be-

troffenheit durch die Politik und den persönlichen Einfluss auf die Politik perzipieren» (1969, S. 167). Auch bei diesen Aussagen hat der Verfasser vorgebaut: Ergebnisse sollen nur als Hypothesen verstanden werden. Eingangs sagt er noch über sein Vorgehen: «Wir sehen den Weg in einem steten Wechselspiel von Hypothesenbildung und Hypothesenüberprüfung» (1969, S. 5). Die Überprüfung seiner Schlusshypothesen überlässt er dem Leser. Darin liegt ohne Zweifel ein Vorteil für die Forschung; sie findet bei Steiner Anregungen in Hülle und Fülle.

Die Verdienste Jürg Steiners um die Entwicklung der politischen Soziologie sind unbestritten. In den sechziger Jahren war er gewiss auf diesem Gebiet ein Schrittmacher in der Schweiz. Vor allem hat er der internationalen Forschung – worauf schon Stein Rokkan und Rudolf Wildenmann hingewiesen haben – Zusammenhänge der schweizerischen politischen Kultur sichtbar gemacht, über die vorher im Ausland nur Mutmassun-

gen angestellt oder generelle Urteile gefällt wurden. Seinen künftigen Arbeiten, die aus einem mehrjährigen Lehr- und Forschungsaufenthalt in den Vereinigten Staaten gewiss Nutzen gezogen haben werden, darf mit berechtigtem grossem Interesse entgegengesehen werden.

Paul Trappe

¹ Jürg Steiner, Bürger und Politik – Empirisch-theoretische Befunde über die politische Partizipation der Bürger in Demokratien unter besonderer Berücksichtigung der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland (Politik und Wähler, hg. v. F. A. Hermens, R. König, E. Scheuch, R. Wildenmann, Bd. 4), Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan 1969 (zit. «1969»). – ² Jürg Steiner, Gewaltlose Politik und kulturelle Vielfalt – Hypothesen entwickelt am Beispiel der Schweiz, Mit einem Vorwort von Stein Rokkan (Res publica, hg. v. R. Reich in Verb. m. K. Eichenberger, D. Frei, W. Geiger, R. Rufieux, D. Sidjanski und D. Schindler, Bd. 2), Verlag Paul Haupt, Bern und Stuttgart 1970 (zit. «1970»).

UTOPIE UND PRAXIS

Informationen über Gegenwartstheater in der DDR

Es geschieht nicht selten, dass zur Bekräftigung von Funktion und Möglichkeiten des Theaters mit Beispielen argumentiert wird, die in Ostberlin oder in ostdeutschen Theatern realisiert worden sind. Das Brecht-Ensemble setzte Massstäbe, Regisseure und Schauspieler, die aus der Schule des Theaters am Schiffbauerdamm hervorgegangen sind, überzeugen durch ihre Leistung.

Das alles aber und auch die Musterinszenierungen, von denen einige auf Gastspielreisen in den Westen zu sehen waren, informieren nicht über die Theaterpraxis, über die Gestalt der Spielpläne, über die Arbeitsweise der Kritik, über Dramatiker und Stücke, die nicht zu internationalem Ruhm aufstiegen. Wer nicht die Möglichkeit hat, die Theaterwirklichkeit in der Deutschen Demo-

kratischen Republik während längerer Zeit und nicht bloss als Zuschauer, sondern als Teilnehmer an den Auseinandersetzungen der Dramaturgen, Kritiker, Regisseure und Schauspieler zu studieren, ist zur Information auf Beschreibungen und Darstellungen angewiesen.

Seit kurzem liegt eine zweibändige Geschichte des Dramas und des Schauspieltheaters in der Deutschen Demokratischen Republik vor, den Zeitraum von 1945 bis 1968 erfassend und erarbeitet von einer Forschungsgruppe am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zk der SED Berlin. Unter der Leitung des Germanisten *Werner Mittenzwei* haben Manfred Berger, Manfred Nössing, Fritz Rödel und Liane Pfelling, Volker Kurzweg, Inge Münz-Koenen und Christel Hoffmann das gross angelegte Werk *«Theater in der Zeitenwende»* verfasst, eine zweifellos offizielle oder doch zum mindesten offiziöse, von Gutachtern kontrollierte und nach kollektiver Beratung im Kreise von Theaterpraktikern und Kulturfunktionären überarbeitete Theatergeschichte der Nachkriegszeit in der DDR¹.

Vielleicht darf ich einen Gesamteindruck vorwegnehmen: Die Anfänge der unmittelbaren Nachkriegszeit, die Konzeption des Zeittheaters, des sozialistischen Realismus und – vor allem – die Gründung und die Theaterarbeit des Berliner Ensembles scheinen überzeugungskräftiger als das, was dann folgt. Der Elan des Neubeginns ist spürbar, die Kraft der Utopie befähigt die Künstler. Neben Brecht realisieren Wolfgang Langhoff und Wolfgang Heinz ihre Konzepte aus der spürbaren Hingabe an eine neue gesellschaftliche Funktion des Theaters heraus. Nachher, so scheint mir, wird's schwieriger. Nach

der ersten Begeisterung, nach dem Ausbruch aufgestauter Schaffenskraft stellt sich Alltag ein; ideologische Beckmesserlähmt die schöpferischen Potenzen. Das sind Schlüsse, die der Leser der zweibändigen Theatergeschichte zu ziehen gezwungen ist, obgleich gerade im zweiten Band vom Aufbau des «sozialistischen Nationaltheaters», vom «Werden des neuen Menschen» und vom «Theater des sozialistischen Zeitgenossen» ausgiebig und selbstverständlich wie von lauter verwirklichten Idealen gesprochen wird. Aber die Praxis ist offensichtlich anders. Auch die Darstellung der Forschergruppe unter Werner Mittenzwei vermag das nicht zu verbergen.

Die Verfasser gehen davon aus, dass sich in den beiden deutschen Staaten zwei theaterpolitische Grundkonzeptionen herausgebildet haben, die wie folgt beschrieben werden: «Einerseits reorganisierte sich ein kapitalistisch beeinflusstes und durch die spätbürgerliche Ideologie beherrschtes bürgerliches Theaterwesen, in dem die demokratischen Kräfte des Theaters nur äusserst geringe, auf Länderbasis unterschiedliche Entwicklungsmöglichkeiten im bundesrepublikanischen Kulturföderalismus fanden; ideologisch wieder in der alten Geist-Macht-Antinomie befangen, gewannen die demokratischen Kräfte des westdeutschen Theaters bis weit in die fünfziger Jahre hinein keinen repräsentativen Ausdruck. Anderseits vollzog sich in der sowjetischen Besatzungszone der Prozess eines mit den Grundinteressen der Werktätigen verbundenen antifaschistisch-demokratischen Theaterwesens, das unter der führenden Rolle der SED zu einem bedeutsamen Faktor im demokratischen Umerziehungsprozess heranwuchs.»

Das ist eine Prämissse, ja eine ungedeckte Behauptung geradezu; aber auf ihr beruht die gesamte Geschichtsschreibung. Man muss sie kennen und ernst nehmen, wenn man Mittenzweis Theatertgeschichte verstehen will.

Es ist – gerade für den, der die Arbeit des Zürcher Schauspielhauses von den späten dreissiger Jahren bis zum Ende des Krieges verfolgen konnte – eindrücklich und bewegend, bedeutende Regisseure und Darsteller in den Jahren nach dem Zusammenbruch des Hitlerreiches in Ostberlin an der Arbeit zu sehen: Therese Giehse, Leonard Steckel, Wolfgang Heinz, Wolfgang Langhoff, um nur sie zu nennen, setzten da in vielbeachteten Klassikeraufführungen Massstäbe. Bis 1947 beanspruchten Werke des klassischen Humanismus 30 bis 40 Prozent aller Aufführungen. «Nathan», «Iphigenie», «Egmont», «Wallenstein» und «Die Räuber» erzielten sehr hohe Aufführungszahlen. Dann, im Oktober 1948, traf Brecht in Ostberlin ein. Seine erste Inszenierung, die noch am Deutschen Theater unter der Intendanz Langhoffs herauskam, war «Mutter Courage» mit Helene Weigel in der Titelrolle. Es folgte die Gründung des eigenen Ensembles am Schiffbauerdamm. Eine grosse Zeit der Hoffnungen und Pläne war für das ostdeutsche Theater angebrochen. Bewährte und neue Kräfte strömten ihm zu, weil sie spürten, dass Theater hier eine Funktion haben konnte. Man darf durchaus sagen, Ostberlin sei vorübergehend zur Hauptstadt des deutschsprachigen Theaters avanciert. Aber wenn man diese fruchtbare Zeit nun im Spiegel der Geschichtsschreibung durch die Forschungsgruppe unter Werner Mittenzwei betrachtet, erscheint sie theoretisch verengt, nicht nur

auf ein gesellschaftspolitisches Ziel ausgerichtet (was keineswegs zu beanstanden wäre), sondern streng auf den schmalen Pfad verwiesen, der allein dorthin führen soll. Das Theater ist indessen so gut wie jede andere schöpferische Arbeit auf den Versuch, auf das Erproben von Möglichkeiten angewiesen, und die fortwährende Anstrengung, es auf eine einzige festzulegen, bekommt ihm keineswegs.

Namentlich im zweiten Band, der sich mit den Jahren nach Brecht, mit dem «Theater des sozialistischen Zeitgenossen» und mit «sozialistischer Inszenierungskunst» befasst, widerlegt die Praxis auf Schritt und Tritt das uto-pische Konzept. Eindrücklich, zum Beispiel, ist der gross angelegte Versuch, neue Dramatik bewusst zu fördern, Talente ausfindig zu machen und ihnen jede mögliche Hilfe durch Dramaturgen, Regisseure und vor allem durch Aufführungsversuche, durch praktische Theaterarbeit angedeihen zu lassen. Es besteht für mich gar kein Zweifel, dass da vorbildliche Bedingungen ausgedacht und organisatorisch durchaus zweckmässige Massnahmen vorgesehen wurden. Das Modell umfassender Förderung der Theaterproduktion erweckt den Eindruck, den jungen Stückeschreibern würden auf breitesten Basis Chancen gegeben, indem man ihre Spielvorschläge auf der Bühne selbst ausprobiert, spielbare Fassungen gemeinsam erarbeitet. Wo diese Arbeitsweise zur Regel wird, können positive Ergebnisse nicht ausbleiben. Theater ist seinem Wesen nach Arbeit im Kollektiv, in der selbst dem Publikum wichtige Mitarbeiterfunktionen zukommen. Das Theatervorschaffen in der DDR ist eine Zeitlang durch diesen imponierenden Versuch geprägt, Erkenntnisse dieser Art über

die Stufe blosser Deklarationen hinaus in die Wirklichkeit umzusetzen. Was ihm dabei jedoch in die Quere kommt, ist der leidige Zwang, ideologisch richtig zu liegen. Es fehlt, was am Ende entscheidend ist: die Freiheit, zu Ergebnissen zu kommen, die nicht von vornherein schon vorgesehen waren, die aber aus den Konstellationen von Figuren und Situation hervorgehen. Hier ist nicht etwa die Rede davon, dass «kapitalistische» Schlussfolgerungen oder Thesen, die grundsätzlich dem Marxismus zuwiderlaufen, selbstverständlich zum vornherein ausgeschlossen sind. Der Spielraum ist ungeheuer viel kleiner. Namentlich auf zwei Gebieten ist das sichtbar, auch in der Darstellung der Forschungsgruppe unter Werner Mittenzwei: einerseits in der schwierigen Frage des sogenannten anarchistischen Helden, anderseits in der Adaption westlicher Zeitstücke.

Der anarchistische Held ist, im Gegensatz zum Beispiel zu den sozialistischen Musterfiguren wie Steinert und Piontek in Horst Salomons Stück «Katzengold», eine Herausforderung der Wirklichkeit. Er verkörpert das Wagnis der Utopie, er lässt sich von den Sachzwängen der Praxis nicht einschüchtern. Er will zwar – im Sinne der geltenden Gesellschaftslehre – durchaus das Gute; aber er will es über die geltenden Spielregeln hinweg. Das bedeutendste Beispiel eines anarchistischen Helden in der DDR-Dramatik ist Moritz Tassow im gleichnamigen Stück von Peter Hacks. 1965 fand an der Volksbühne Berlin die Uraufführung statt. Hacks zeigt in Moritz Tassow einen Revolutionär, der während der Hitlerzeit auf Gut Gargentin den taubstummen Sauhirten gespielt hat und dadurch unbehelligt geblieben ist. Bei Kriegsende jagt er den Guts-

besitzer davon und gründet die Kommune «3. Jahrtausend». Die Fabel des Stücks führt Tassows intellektuellen Anarchismus ad absurdum. Was er der Wirklichkeit entgegensemmt, widerspricht der «wirklichen revolutionären Praxis» und ist daher im Endeffekt schädlich. Im zweiten Band der Theatertgeschichte Mittenzwei wird Hacks folgendermassen kritisiert: «Aus der Einladung für den Zuschauer, an der Kritik eines anarchistischen Helden teilzunehmen, wurde unter der Hand eine Aufforderung, sich mit ihm über diese miserable Wirklichkeit zu erheben.» Und: «Im Widerspruch zu allen Erfahrungen der antifaschistisch-demokratischen und sozialistischen Revolution in der DDR, die lehren, dass die Partei der Arbeiterklasse stets das historisch Notwendige tat und zugleich das perspektivische Denken der Massen auf immer höherer Ebene organisierte, unterstellt Hacks ein kleibürgerlich taktierendes Verhalten zu den Volksmassen. Damit verletzt er die historische Wahrheit, aber er kann die von ihm gesetzte Grösse Tassows über die Kritik am Handeln der Figur hinwegretten.»

Hinter diesen theoretischen Ausführungen verbirgt sich, was in der Berliner Volksbühne wirklich geschah. In Moritz Tassow sprach auf der Bühne ein Mensch, für den gesellschaftliches Glück mit individuellem Glück völlig identisch ist:

«*Nämlich nur der sei noch als Mensch
[gezählt,
Der tut, wonach ihm ist, und dem nach
[viel ist,
Und kratzt sich, wo's ihn juckt, und
[nicht aus lauter*

*Verlegenheit woanders, und wenn's
 [mitten
 im Beinkleid ist. Feigling, begreifst du
 [mich?
 Der Mensch alleine ist des Menschen
 [Mass,
 Und dass es dich wo juckt, Knabe, ist
 [menschlich.
 Und wenn du Skrupel kennst, Bedenk-
 [lichkeiten,
 Ziehst selber du den Ring dir durch
 [die Nase
 Und lässt dich brummen und tanzen.
 [Ah, stolz wie
 Der Gaurisankar ist der Mensch, gewaltig
 Wie der Orkan so frei und grenzenlos
 Wie die ins All sich dehnenden Kometen.
 Ein Krüppel, Schrumpfobst, krankes
 [Missgebilde
 Und unvollständiger Halbmensch
 [aber ist,
 Wer stehenbleibt vorm Rand der Mög-
 [lichkeit,
 Wer äuss're Lenkung duldet, fremden
 [Auftrag
 Annimmt und macht, was er nicht will,
 [und nicht
 Macht, was er will, und weniger will
 [als alles.»*

Der Uraufführung waren Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen vorausgegangen, und als sie 1965 zu den Berliner Festtagen dann doch endlich stattfand, so nicht am renommierten Deutschen Theater, sondern in der Volksbühne am Luxemburgplatz. Benno Besson, der Regie führte, hatte einen Kunstgriff angewendet, um dem Stück etwas von seiner politischen Brisanz zu nehmen: er liess Tassow als eine Art Clown und sozialistischen Hofnarren spielen. Trotzdem hatte sein Credo, seine unbekümmerte Art, mit der er die Wirklichkeit an der Möglichkeit misst,

im Publikum Wirkungen, die nicht geduldet werden durften. In Mittenzweis Darstellung steht der Satz: «Die Reaktionen des Publikums in den Vorstellungen bestätigten, dass allein durch inszenatorische Massnahmen und schauspielerische Akzentuierungen diese Problematik nicht zu meistern ist.» Das Stück wurde, nach massiver offizieller Kritik, schliesslich vom Spielplan abgesetzt und ist seither in der DDR nicht wieder gespielt worden. Was hat Hacks falsch gemacht? «Er vermochte nicht aufzuhellen, dass sich im Zeitalter des Sozialismus der Menschheitsfortschritt nur im bewusstschöpferischen Handeln der von der Arbeiterklasse und ihrer Partei geführten Volksmassen durchsetzt.»

Es dürfte nach diesen Proben klar sein, dass die an sich günstigen Voraussetzungen für die Produktion von Zeilstücken gerade das Ausserordentliche, den Rahmen Sprengende nicht möglich machen. Was auf und mit dem Theater erreicht werden soll, ist genau so vorherbestimmt wie alles andere. Der Dramatiker, der in spielbare Szenen umzusetzen weiss, was die Partei lehrt, kommt weiter. Aber der dramatischen Kunst, dem Theater ist damit nicht geholfen.

Das zweite Problem, an dem sich die Einengung, ja die Einschnürung des Spielraums zeigt, stellt sich bei der Übernahme von Stücken aus dem Westen. Zunächst ist festzustellen, dass allein schon die Auswahl dessen, was für spielbar gehalten wird, sich ausschliesslich auf «progressive Dramatik» beschränkt. Beispiele sind Kipphardts «In der Sache J. Robert Oppenheimer», Peter Weiss' «Die Verfolgung und Ermordung Jean Paul Marats» und Rolf Hochhuths «Der Stellvertreter». Ausführlich ist in dem grossen Werk über

das Theater in der DDR der Werdegang der Inszenierung des «Marat» im Rostocker Theater unter Hanns Anselm Perten beschrieben. Ursprünglich lässt ja das Stück von Weiss den Schluss zu, alle Bemühungen des Menschen, sein Schicksal zu meistern und die Gesellschaft zu verändern, seien sinnlos. Eine vollkommen unentschiedene Haltung zwischen den Positionen des Marquis de Sade, der resigniert, und des Volkstriibunen Marat, der zur Revolution aufhetzt, wäre in der DDR offenbar nicht zulässig. Klipp und klar erklärte ein ostdeutscher Kritiker mit Bezug auf die Rostocker Fassung des Stücks, die «angebliche» Ambivalenz zwischen Marat und de Sade sei nicht aufrechtzuerhalten. Marat triumphiere eindeutig über de Sade.

Der Rostocker «Marat» ist vielleicht das bekannteste und aufschlussreichste Beispiel dafür, in welcher Weise «progressive Dramatik» aus dem Westen «adaptiert» wird. Weniger bekannt sind Fälle wie die Inszenierung des «Stellvertreters» am Deutschen Theater, die eine rigoros gestraffte, auf sieben Bilder reduzierte und von allem psychologisch-privaten Beiwerk befreite Einrichtung des Textes zur Grundlage hatte, nachdem man in Rostock – begreiflicherweise nicht zu Hochhuths Gunsten – das überbordende Werk textgetreu an zwei aufeinanderfolgenden Abenden herausgebracht hatte. Das Ziel, das dieser und anderen Übernahmen westlicher Dramatik an ostdeutsche Bühnen gesteckt ist, bleibt unverrückbar: eine Bilanz dieser Spielplanöffnung fragt, ob denn die Proportionen noch stimmen, und ob man auf diese Weise «der Gestaltung des sozialistischen Menschenbildes noch genügende Aufmerksamkeit» entgegenbringe.

Dies ist der Eindruck in beiden kritischen Fällen: Ob es sich um das Problem des sogenannten anarchischen Helden oder um das der Übernahme westlicher Dramatik handle, die Wirkung auf das Publikum muss jederzeit kontrolliert, jede «falsche» Reaktion unterbunden werden.

Das zweibändige Werk aus dem Institut für Gesellschaftswissenschaften enthält eine Fülle von Informationen über das Theaterleben in der DDR. Es beschreibt insbesondere die «sozialistische Inszenierungskunst» und enthält aufschlussreiche Ausführungen über Drama und Theater für junge Zuschauer. Namentlich die «Arbeitsprinzipien für drei Altersstufen» zeugen von einer gründlichen und vorbildlichen Auseinandersetzung mit den besonderen Bedingungen und Aufgaben des Kinder- und Jugendtheaters. Es versteht sich von selbst, dass auch hier Theater als Mittel der Erziehung, wir würden wohl eher sagen: der Indoktrination verstanden wird.

*

Eine notwendige Ergänzung zu der hier besprochenen offiziösen Darstellung ist das Buch von Heinz Klunker, «Zeitstücke, Zeitgenossen», das den Theateralltag in der DDR aus kritischer Sicht beleuchtet². Klunker lebte bis 1955 in der DDR, studierte in Leipzig und München und ist heute Redaktor am «Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt.» Er kennt beide Seiten, vor allem auch beide Seiten der Theaterwirklichkeit, und er sieht vor allem die Unsicherheit, das Unbehagen im westdeutschen Theaterbetrieb. Dem leichten Schluss, drüben sei es am Ende doch besser, setzt er seine gerechten, kritischen und fairen Analysen entgegen. Zwar geht er durch-

aus von der unbestreitbaren Tatsache aus, dass das Theater in der DDR mehr ist «als ein Bewegter klatschender Hände», nämlich ein «sich allabendlich erneuerndes Moment einer sich schwerfällig verwandelnden Gesellschaft». Aber er erkennt und beleuchtet auch die Konflikte, die daraus für das Theater entstehen. Seine Darstellung besteht aus Einzelaspekten; Vollständigkeit ist nicht beansprucht. Er möchte jedoch an ausgewählten Beispielen Widersprüche zwischen Theorie und Praxis aufzeigen, Einblicke vermitteln in theater- und kulturpolitische Debatten, die der nicht kennt, der sich nur auf schöne Theorie oder auf ein paar Musterinszenierungen stützen kann. Klunkers Streiflichter geben gerade darum zu bestimmten Aspekten des Gegenwartstheaters in der DDR mehr her als die zweibändige Geschichte aus dem Institut für Gesellschaftswissenschaften, weil sie Zukunftsträchtiges und stagnierende Dogmatik auseinanderhalten. Der Band ist – wie übrigens auch die zwei Bände «Theater in der Zeitenwende» – mit fotografischen Dokumenten ausgestattet, die zum Text die Anschauung liefern. Zur Kenntnis der ostdeutschen Theaterwirklichkeit, sofern man sie aus der Literatur und nicht aus lebendiger Anschauung und Auseinandersetzung gewinnen muss, ist Klunkers informative Schrift unentbehrlich.

*

Klunker glaubt, dass der Machtwechsel von Walter Ulbricht zu Erich Honecker belebende Wirkung auf die kulturelle Szenerie haben werde. Die Repression, meint er, könnte allmählich ein Ende haben, die Spielpläne könnten sich dem Weltniveau öffnen. Der Irrweg in die sozialistische Idylle, Folge

einer ängstlich-dogmatischen Kulturpolitik, wäre dann gebannt. Mag sein, dass es Indizien dafür gibt. Nimmt man freilich die kleine Aufsatzsammlung zur Hand, die *Jan Kott*, der bedeutende polnische Theater- und Literaturkritiker, heute Professor an der Stony Brook University N.Y., unter dem Titel «*Spektakel – Spektakel*» veröffentlicht hat, dann erkennt man bald, dass es dazu mehr braucht als eine dosierte Liberalisierung des Kulturlebens³. Kott schreibt (in einem kurzen Aufsatz «In welchen Zeichen spricht das Theater?»): «Eine szenische Produktion stellt eine Kollektion von Zeichen dar, aber eine solche Kollektion ist ihrer eigentlichen Beschaffenheit zufolge ambivalent oder a-logisch.» Hier, wie in den Zeitschriften- und Zeitungsbeiträgen, aus denen das Taschenbuch zusammengestellt ist, äussert sich ein freier Geist, der aus dem freien Geiste des Theaters Anregung und Erkenntnis schöpft. Zum Beispiel die, dass Sinnlichkeit, Gemüt, Symbolkraft, das Absurde und das Geheimnis ebenso und mehr noch die Sprache des Theaters ausmachen als das Wort. Darum ist seine Wirkung nicht berechenbar.

Anton Krättli

¹ Theater in der Zeitenwende, Zur Geschichte des Dramas und des Schauspieltheaters in der Deutschen Demokratischen Republik 1945–1968. Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED Berlin, Forschungsgruppe unter Leitung von Werner Mittenzwei. Henschelverlag Kunst und Gesellschaft, Berlin 1972. –

² Heinz Klunker, Zeitstücke – Zeitgenossen, Gegenwartstheater in der DDR, Fackelträger-Verlag, Hannover 1972. – ³ Jan Kott, Spektakel – Spektakel, Tendenzen des modernen Welttheaters, Serie Piper, München 1972.